

Medienkonferenz CO₂-Gesetz

Rede von Jörg Gasser, CEO SBVg

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Medienschaffende,

Wenn wir über den Klimawandel sprechen, gibt es eine schlechte und eine gute Nachricht. Ich überlasse Ihnen die Bewertung und starte mit den Fakten.

Obwohl die Wissenschaft schon vor der Nutzung der fossilen Energien vermutete, dass das CO₂ für die Erderwärmung verantwortlich sei und diese Vermutung seit den 1960 Jahren bestätigt ist, wurde die Wissenschaft lange ignoriert. Der Mensch ist nicht gut im Umgang mit langfristigen Entwicklungen. Er neigt dazu zeitnahe Ereignisse übermässig stark zu gewichten und die Zukunft mit niedrigeren Sätzen abzudiskontieren. Eine Bedrohung im Heute ist wichtiger als ein Extremergebnis im Morgen. Wenn man sich unsere Gletscher ansieht, erkennt man, dass es schon nicht mehr nur um das Morgen geht.

Klimaschutz kann funktionieren, wenn wir es wollen! Wir haben die Mittel und die Technologie. Ob wir den Willen dazu haben entscheidet sich u.a. an der Abstimmung. Das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie prognostiziert für die Schweiz eine zusätzliche Erderwärmung zwischen 3.3 und 5.4 Grad, wenn wir weltweit so weitermachen wie bisher. Halten wir hingegen unsere Pariser Klimaziele ein, so sinkt diese Erwärmung auf eine Bandbreite von 0.6 bis 1.9 Grad.

Der Klimawandel ist da, wir Menschen haben ihn verursacht und er wird so schnell nicht wieder verschwinden. Nachhaltigkeit ist zur Notwendigkeit geworden, um dem Klimawandel effektiv zu begegnen. Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, bis 2030 ihre Emissionen gegenüber 1990 zu halbieren. Dies entspricht einer Reduktion von rund 27 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten. Dieser Wandel gelingt nur, wenn die gesamte Gesellschaft dazu beiträgt.

Finanzinstitute können, müssen und werden ihren Beitrag hierzu leisten. Der Schweizer Finanzplatz will sich als weltweit führender Standort für Sustainable Finance positionieren. Lösungen, die den Wandel beschleunigen, existieren.

Schon jetzt bieten immer mehr Finanzdienstleister nachhaltige Finanzprodukte an. Wie eine Studie von Swiss Sustainable Finance zeigt, werden diese Produkte auch immer häufiger

nachgefragt. Ende 2019 hat sich das Volumen gegenüber dem Vorjahr um 62% erhöht. Damit wurden 1.163 Mrd. Franken in nachhaltige Finanzprodukte investiert – Tendenz steigend. Wir brauchen Rahmenbedingungen, wie sie das CO₂-Gesetz vorsieht, damit das Produkteangebot noch weiter ausgebaut werden kann. Der Finanzplatz braucht solche Rahmenbedingungen, um seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können.

Die Branche geht mit zahlreichen eigenen Initiativen voran. So haben wir im vergangenen Jahr den «Leitfaden zur Integration von ESG-Überlegungen in den Beratungsprozess von Privatkunden» publiziert, der Banken bei der Anlageberatung ihrer Privatkunden unterstützt. Viele Banken haben sich Nachhaltigkeitsziele gesetzt, Massnahmen definiert und sich öffentlich zur transparenten Messung der Ziele bekannt. Swisscanto Invest hat sich beispielsweise als erste Fondsanbieterin ein jährliches CO₂-Reduktionsziel von 4% gesetzt, das sie transparent ausweist. Daneben begrüßen wir, dass basierend auf dem neuen CO₂-Gesetz die FINMA und die SNB regelmässig die mikro- und makroprudenziellen finanziellen Risiken des Klimawandels überprüfen. Der angenommene Gegenvorschlag zur Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) beinhaltet neu die Berichterstattungspflicht über nichtfinanzielle Belange unter anderem zur Umwelt von Unternehmen von öffentlichem Interesse. Die Finanzbranche ist davon nicht ausgenommen und wir begrüßen diese Transparenz. Denn Transparenz ist die Grundlage für faktenbasiertes und effektives Handeln. Was bedeutet das für die Banken?

Banken werden die Transformation der Wirtschaft durch gezielte Finanzierung unterstützen und begleiten. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir den Wandel aktiv vorantreiben und innovative Lösungen entwickeln. Die Transformation hin zu einer emissionsarmen Wirtschaft und Gesellschaft kann nur gemeinsam gelingen. Das CO₂-Gesetz setzt die richtigen Anreize. Bei der Ausarbeitung des Gesetzes haben Bundesrat und Parlament auf liberale Rahmenbedingungen und erprobte Instrumente gesetzt. Dazu gehören unter anderem Lenkungsabgaben bei der Mobilität und beim Heizen von Gebäuden. Mit diesen und ähnlichen Abgaben wird ein «Klimafonds» geäuft, der unter anderem Gebäudesanierungen und nachhaltige Heizmethoden mitfinanziert. Ausserdem können damit Weiterentwicklungen von klimaneutralen Technologien und Anpassungen an den Klimawandel unterstützt werden. Doch die benötigten finanziellen Mittel um den Wandel zu stemmen, liegen im zweitstelligen Milliardenbereich und damit bei einem Vielfachen der Gelder aus dem Klimafonds von jährlich maximal einer Milliarde. Die Banken werden und können einen Teil der Lücke füllen.

Das CO₂-Gesetz schafft eine erste und notwendige Voraussetzung, um die vollständige Transformation weg von den fossilen Energien zu begleiten. Ein Nein würde die Schweiz beim Klimaschutz weit zurückwerfen. Die Finanzbranche stellt sich deshalb auch klar hinter das Ziel des CO₂-Gesetzes.

Wir haben die verschiedenen Szenarien mit ihren jeweiligen Konsequenzen von der Wissenschaft erhalten. Wenn wir uns gemeinsam für einen starken Klimaschutz einsetzen, der die Einhaltung des Pariser Klimaziels ermöglicht, können wir die stärksten Auswirkungen der Klimaerwärmung noch verhindern. Das wird etwas kosten und es wird uns noch mehr einbringen. Dazu

braucht es den gemeinsamen Effort von uns allen. Es ist klar: nichts tun wird uns langfristig sehr viel mehr kosten. Deshalb stimme ich mit voller Überzeugung fürs CO₂-Gesetz.

Kontaktadressen

Michaela Reimann, Leiterin Public & Media Relations
michaela.reimann@sba.ch | +41 58 330 62 55

www.swissbanking.org | twitter.com/SwissBankingSBA